

1.

»Die aktuelle Krise ist eben nicht nur das Werk unkontrollierter Spekulanten und geldgieriger Investmentbanker, die durch eine bessere Regulierung wieder auf den Pfad der Tugend zurückzuführen wären. Der endlose Finanzschaum speist sich aus Reservoirs, die sehr viel tiefer liegen. Er quillt aus den Lebensadern eines Wirtschaftssystems, das nur produziert und investiert, wenn die Rendite für die Kapitalgeber stimmt, und für das daher Löhne, Sozialabgaben oder auch Unternehmenssteuern nichts als lästige Kostenfaktoren sind, deren man sich nach Möglichkeit zu entledigen hat. In dieser Fixierung auf Profit statt Bedarf liegt die letzte Ursache aller Ungleichgewichte, Instabilitäten und Krisen, die selbst ein besser regulierter Kapitalismus immer wieder erzeugen wird, von einem ungezügelt und enthemmt nicht zu reden.«  
(»Wahnsinn mit Methode«, Berlin 2008, S. 188)

2.

»Es versteht sich, dass die Anreize, die ein solches System setzt, zutiefst produktions- und innovationsfeindlich sind. Denn in Unternehmen, in denen immer größere Teile der - sei es aus Gewinn oder Kreditaufnahme - verfügbaren Mittel für völlig unproduktive Zwecke wie den Aufkauf fremder oder den Rückkauf eigener Aktien vergeudet werden, bleibt in der Regel nicht nur für die Erweiterung von Kapazitäten, sondern auch für Investitionen in technische Neuerungen oder Forschung und Entwicklung immer weniger übrig. Die Börsen brummen, während real immer weniger investiert wurde [...] Kehrseite und Konsequenz dieser Unternehmensstrategie ist somit ein immer höheres Kartenhaus fiktiver Werte, das sich über einer stagnierenden oder sogar schrumpfenden Produktionsbasis aufrührt.«  
(ebenda, S. 217-220)

3.

»Letztlich ist die aktuelle Finanzkrise nichts anderes als das Resultat neoliberaler Umverteilung: Durch die Senkung von Unternehmens-, Vermögens- und Spitzensteuersätzen sowie eine Politik des Lohn- und Sozialdumpings sind jene Rekordgewinne entstanden, die anschließend auf den Finanzmärkten auf der Suche nach immer höheren Renditen verspekuliert wurden. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Arbeitslosen auch das beste Mittel ist, um zukünftigen Finanzkrisen vorzubeugen.«  
(Junge Welt, 15. Oktober 2008)

4.

»Bundesregierung für Pleitewelle verantwortlich. Die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen um 10% im ersten Quartal 2009 kommentiert Sahra Wagenknecht, Mitglied des Parteivorstands:  
Dass immer mehr Unternehmen in die Pleite steuern, ist nicht zuletzt der Politik der Bundesregierung geschuldet. Diese hat es versäumt, die Rettung maroder Banken an strikte Bedingungen zu knüpfen. Die Folge ist, dass die Banken zwar Steuergelder in dreistelliger Milliardenhöhe einstecken, aber gar nicht daran denken, diese in Form von Krediten an die Unternehmen weiterzureichen. Resultat dieser Politik ist eine verschärfte Kreditklemme, die vor allem den mittelständischen Betrieben zu schaffen macht. Aber auch die Insolvenz des Arcandor-Konzerns hat mit der sturen Haltung der Gläubigerbanken zu tun, die sich strikt geweigert haben, ausreichend Kredite zur Umstrukturierung des Unternehmens zur Verfügung zu stellen.  
Es wird immer offensichtlicher: Die Steuermilliarden, die die Regierung verschwendet hat, um die größten Zocker freizukaufen, fehlen jetzt, wo es darum geht, Massenentlassungen und steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Statt einzelne Banken zu stützen wäre es billiger und besser gewesen, man hätte das ganze Bankensystem in öffentliche Hände überführt. Ein funktionsfähiges Bankensystem braucht keine privaten Banken. Es braucht Banken, die sinnvolle Investitionen finanzieren statt auf globalen Märkten zu spekulieren.«  
(Presseerklärung vom 10. Juni 2009)